

Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung 23. Juni 2020

TOP 1

Die Fraktion DIE LINKE hat eine Aktuelle Debatte beantragt, in der sie mit den anderen Fraktionen die Situation in den Justizvollzugsanstalten des Landes Sachsen-Anhalt in den Fokus rücken möchte. Besonderer Schwerpunkt soll dabei der Fluchtversuch des Attentäters vom 9. Oktober 2019 in Halle (Saale), Stephan B., aus der Justizvollzugsanstalt Roter Ochse in Halle (Saale) und dessen Folgen sowie Konsequenzen sein.

TOP 2

Die Fraktion DIE LINKE hatte sich im November 2019 mit einer Großen Anfrage zum Rettungsdienstwesen in Sachsen-Anhalt an die Landesregierung gewandt. Die von der Fragestellerin angestrebte Bestandsaufnahme soll einen Beitrag dazu leisten, den Rettungsdienst zu stärken und zukunftsfähige Konzepte zu dessen Weiterentwicklung zu erarbeiten und umzusetzen. Die Landesregierung legt nun die Antworten zur Großen Anfrage vor, die im Plenum diskutiert werden sollen.

TOP 3

Der von der AfD-Fraktion im Mai 2020 eingebrachte Gesetzentwurf hat zum Ziel, die automatisch zum 1. Juli jedes Jahres erfolgende Anpassung der Abgeordnetenentschädigung und der Kostenpauschale an die Entwicklung der Bruttoeinkommen von abhängig Beschäftigten in Sachsen-Anhalt abzuschaffen. Denn infolge dieses Automatismus entziehe sich eine daraus hervorgehende Diätenerhöhung der öffentlichen parlamentarischen Debatte. Das erforderliche Quorum für eine Ausschussüberweisung des Gesetzentwurfs war bisher zweimal nicht erreicht worden. Nun kommt es zur dritten und letzten Beratung.

TOP 4

Die Landesregierung legte im Februar 2020 den Entwurf eines Gesetzes über die staatliche Stiftung des öffentlichen Rechts „Zukunftsfonds Morsleben“ vor. Zweck der Stiftung soll sein, die regionale Landesentwicklung in den zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes zum Landkreis Börde gehörenden Gebieten oder unmittelbar an den Landkreis Börde angrenzenden Fördergebieten (insbesondere Morsleben und Beendorf) zu fördern, um dazu beizutragen, Belastungen durch die Einlagerung radioaktiver Abfälle in der Schachanlage Morsleben sowie den Weiterbetrieb bis zur Stilllegung auszugleichen. Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.